Ortsverband Mering

Artikel vom 21.04.2017

OV Mering

CSU blickt bei der Vision 2025 mit den Bürgern über den Tellerrand

Bild: CSU-Ortsvorsitzender Florian A. Mayer (links) und Pfarrer Prof. Dr. Thomas Schwartz tauschen sich regelmäßig zu aktuellen Themen in der Marktgemeinde aus. Beide sind sich einig, dass letztlich nur der Bürger über des Pfarrers Vision 2025 entscheiden kann und Planungen deshalb nur mit Bürgerbeteiligung Sinn machen.

Städtebaulicher Wettbewerb mit möglichst großem Planungsgebiet soll Bürgerentscheid vorausgehen

Mering. In den rappelvollen Michaelstuben im Papst-Johannes-Haus haben CSU-Ortsvorsitzender Florian A. Mayer und CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Resch den Dialog mit den Bürgern zu Pfarrers Vision 2025 gesucht. Die Vision 2025 steht kurz gesagt für die Idee, auf dem bestehenden Areal des Papst-Johannes-Hauses und den daneben liegenden gemeindlichen Flächen um das Alte Kloster und die Volksbühne ein Gemeindezentrum mit Rathaus, Tiefgarage, Hort und Bürgerzentrum zu bauen, das neben der politischen auch der kirchlichen Gemeinde zur Verfügung stehen soll.

Anlass war der Vorschlag von Pfarrer Prof. Dr. Thomas Schwartz, das kirchliche Areal für solche Zwecke einbringen zu wollen. Eine Entscheidung soll bis zum Herbst 2018 fallen, weil die Kirche ihr bestehendes Areal sonst baulich z.B. im Bereich des Brandschutzes ertüchtigen muss. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Resch brachte die interessierten Zuhörer auf den aktuellen Stand der

1. Kuratoriumssitzung. Demnach handle es sich um rund 3.300 qm Grundfläche (ohne Verkehrsflächen), von der etwa je 50 Prozent Kirche und Gemeinde einbringen würden. Derzeit ermitteln die Beteiligten das notwendige Raumprogramm und verhandeln über die Grundstücksfrage. Auch werde geprüft, inwieweit eine Förderung über die Städtebauförderung möglich sei. Leonhard Erhard, als kirchlicher Vertreter Mitglied des Kuratoriums, ergänzte, dass man eine Realteilung mit Übergängen zwischen den einzelnen Gebäuden erwäge, so dass eine Trennung und dennoch eine gemeinsame Nutzung möglich sei. Einig sei man sich, dass die Verhältnisse auch für die Zukunft klar geregelt sein müssen. Wegen der Beschränkung auf 99 Jahre sei deshalb auch ein Erbbaurecht auszuschließen.

Planungsgebiet bis vor den Marktplatz ausweiten

Zweiter Bürgermeister Florian A. Mayer bekräftigte den Vorschlag seiner Partei, die Bürger letztlich über das Projekt entscheiden lassen zu wollen. „Es ist ein Bürgerzentrum und eine erhebliche finanzielle Belastung des Gemeindehaushaltes, daher könne darüber letztlich nur der Bürger entscheiden." Mayer schlug außerdem vor, das bestehende Rathaus-Areal gleich mit in die Planungen einzubeziehen. Gerhard Zeitler ergänzte den Vorschlag auch um den an den Marktplatz angrenzenden Parkplatz. Die Möglichkeiten für die Planungsbüros, im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs ihren Ideen freien Lauf zu lassen, seien so vielfältiger. Man dürfe hier nicht wieder anfangen, zu kleingeistig zu denken. Nur mit einem Gesamtkonzept, das auch die umliegenden Areale betrachtet, sei eine sinnvolle Planung möglich. Vor allem müsse in diesem Zuge untersucht werden, wie das Rathaus-Areal in Zukunft gestaltet werden soll. Ein Verkauf komme für die CSU nicht in Frage, so Mayer weiter.

Im Anschluss daran fand eine lebhafte Diskussion um das Rathaus statt. Birgitta Braatz, ehemalige Mitarbeiterin in der Verwaltungsgemeinschaft Mering, plädierte dafür, die Verwaltung in einem Objekt unterzubringen, um die Arbeitsabläufe optimal zu halten. Andere Diskussionsteilnehmer wie der ehemalige Zweite Bürgermeister Karl Grabler (CSU) könnten sich auch eine Trennung in zwei naheliegende Objekte vorstellen und so die Abteilungen mit viel und wenig Publikumsverkehr trennen. Eine gefühlte Mehrzahl der Anwesenden sah zwar dringenden Handlungsbedarf beim Rathaus, aber wollte die Lage des bestehenden Objektes nicht aufgeben. Ein zeitnaher Neubau am jetzigen Standort wäre demnach die favorisierte Variante. Auch die Möglichkeit einer Aufstockung wurde ins Spiel gebracht, um der wachsenden Gemeinde in Zukunft Rechnung zu tragen. Ferner wurde der Vorschlag einer Public-Private-Partnership ins Spiel gebracht, um die Kosten im Griff zu behalten. Gerade bei der Tiefgarage würde das aber natürlich entsprechende Parkgebühren nach sich ziehen.

Bürgerzentrum scheiterte schon einmal an nicht finanzierbaren Wünschen

Beim Raumprogramm appellierten gerade zahlreiche Senatoren an die anwesenden Marktgemeinderäte zu untersuchen, was man wirklich benötige. Denn ein Bürgerzentrum sei schon einmal geplant gewesen. Die vielen Wünsche aller in die Planung einbezogenen Bürger und Vereine erhöhten die Kosten aber damals derart, dass das Projekt letztlich scheiterte.

Georg Resch und Florian A. Mayer werden die Ideen nun in den Planungsprozess einbringen. Mit den Bürgern wolle man dabei auch weiter den Dialog suchen.